

---

## Bericht

---

### Der Parteitag der SPD - Aufbruch nach vorn?

Unter dem Motto „Arbeit schaffen — Frieden sichern - Freiheit bewahren“ fand vom 19. bis 23. April 1982 in der Olympia-Halle in München der SPD-Parteitag statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Anträge zur Arbeits- und Beschäftigungspolitik,

Energiepolitik, sowie zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Überschattet war der Parteitag von Koalitionszwistigkeiten um das Beschäftigungsprogramm, die die Grenzen der Koalitionsfähigkeit auf beiden Seiten sichtbar machten. Wachsende innerparteiliche Differenzen, die das unverzichtbare Fundament an Einigkeit in Grundsatzfragen ins Wanken

gebracht hatten und der Vertrauensverlust in der Bevölkerung zwangen zu Verständigung, Kompromißbereitschaft und Besinnung auf klare sozialdemokratischen Programmlinien. Einigendes wurde in den Vordergrund gestellt: Reformpolitik und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nicht zuletzt deswegen wurde auch die Tagesordnung bereits zu Beginn des Parteitags dahingehend geändert, daß Sachfragen zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, über die am ehesten Konsens herzustellen war, in das Zentrum der Beratungen rückten. Demgegenüber wurden die erwarteten Kontroversen in der Friedens- und Sicherheitspolitik sowie in der Energiepolitik erst am vorletzten Tagungstag und schon unter zeitlichem Druck ausgebracht.

### Ziele des Parteitages: Geschlossenheit und sozialdemokratisches Profil

Zur Atmosphäre auf dem Parteitag trugen wesentlich der mit viel Beifall bedachte Rechenschaftsbericht Willy Brandts und die Rede Helmut Schmidts am zweiten Kongreßtag bei.

Willy Brandt beschwor die SPD, zu ihrer früheren Geschlossenheit zurückzukehren und in einem Prozeß der politischen Erneuerung wieder Profil zu gewinnen: „Was not tut, ist Orientierung“, sagte er; in diesem Sinne müsse der Parteitag zu einem „Aufbruch nach vorn“ werden.

Die SPD werde seiner Ansicht nach mehr denn je daran gemessen, ob sie sich als Partei der Arbeit und als Partei der Arbeiter bewähre. Deshalb sei es notwendig, sich auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu konzentrieren. In einer schwierigen internationalen Lage müsse nicht nur das Erreichte bewahrt - beispielsweise das soziale Netz in seinen Kernbereichen erhalten bleiben -, sondern müßten auch neue reformerische Aktivitäten eingeleitet werden. So gelte es, die weltwirtschaftliche Krise zu nutzen, um aktiven

Strukturwandel voranzubringen. Nicht nur der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im einzelnen Unternehmen, im Wirtschaftszweig müßte die SPD mehr Aufmerksamkeit schenken, sondern ebenso einer neuen vermögenspolitischen Initiative, der Beteiligung der Arbeitnehmer am Besitz des Produktivkapitals. Rechtsstaatlichkeit und Liberalität, Gleichstellung der Frauen, Gespräch zwischen den Generationen, auch Umweltpolitik und das Verhältnis zu den Ausländern, sah er als die Aufgabenbereiche an, die nicht im konservativen sondern im reformerischen Sinne anzupacken und zu lösen seien.

War der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der SPD stark von dem Wunsch geprägt, der SPD neues Profil zu geben, so stellte Bundeskanzler Helmut Schmidt stärker das Anliegen in den Vordergrund, Verständnis und Unterstützung für die Regierungspolitik zu erhalten. Zwar betonte Schmidt, daß die SPD „Vordenker für zukunftsreiche Sachlösungen“ sein und der Regierung vorausziehen müsse, aber der Handlungsspielraum demokratisch legitimer Entscheidungsträger in der Regierung sei viel enger bemessen als vielfach angenommen werde. Der Bundeskanzler riet deshalb, „mit allen Versprechungen, die zu finanziellen Konsequenzen führen, sehr vorsichtig zu sein.“ Politischen Vorrang habe zur Zeit die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Wiedergewinnung von ausreichendem Wirtschaftswachstum. Hierzu seien mehr private und öffentliche Investitionen notwendig, worauf die „Gemeinschaftsinitiative“ abziele. Schmidt dankte ausdrücklich den Gewerkschaften, „die dafür die Anregung gegeben und durch Gespräche den Boden bereitet haben.“ Die derzeitige „Blockade-Politik“ der CDU sei „unverantwortlich“, vor allem, „weil die Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaften mit den Tarifabschlüssen schon eine beachtliche Vorleistung erbracht haben.“ In diesem Zusammenhang hob der Bundeskanzler das Verantwortungsbewußtsein und die Bedeutung der deutschen Einheitsgewerkschaften hervor. Er versicherte, sich

auch in Zukunft für das Prinzip der Gemeinschaft einzusetzen. Auf die Ausländerproblematik eingehend, sprach er sich für eine gemeinsame Informationskampagne von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Jugendverbänden gegen Ausländerfeindlichkeit aus.

Im außen- und friedenspolitischen Teil seiner Rede bekräftigte er sein Bekenntnis zum NATO-Doppelbeschluß, ebenso wie tags zuvor schon Willy Brandt. Für die weitere Verfolgung des Prinzips der Risikoverteilung trat Schmidt in der Energiepolitik ein, nach der alle zur Verfügung stehenden Energieträger, auch die Kernenergie, genutzt werden müssen. Deshalb sprach er sich gegen die Vorstellung der Antragskommission im Leitanspruch zur Energiepolitik, ein zweijähriges Moratorium für Kernkraftwerke aufzunehmen, aus.

### Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Im wohlgeordneten Nacheinander von „Parteilinken“ und „-rechten“ äußerten die Delegierten jeweils im Anschluß an die Reden Brandts und Schmidts ihre Zustimmung, Bedenken oder - wenn auch größtenteils recht vorsichtig - ihre Ablehnung zu zentralen Aussagen. In seinem stark beachteten Redebeitrag forderte Erhard Eppler die SPD und die Gewerkschaften auf, an die Denkansätze anzuknüpfen, die 1972 auf dem Kongreß der IG Metall in Oberhausen über die „Qualität des Lebens“, sei es auf dem Gebiet der Humanisierung der Arbeit oder der Wirtschaftsdemokratie, diskutiert worden sind. An die Adresse von Ernst Breit, dem designierten DGB-Vorsitzenden, richtete er die Forderung: „Was wir brauchen, ist ein Oberhausen II“.

Während der Beratungen am Nachmittag des zweiten Tages in drei Arbeitsgruppen (Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik; Friedens- und Sicherheitspolitik;

Organisationspolitik) und an den nachfolgenden Tagen bei den Antragsberatungen überwog der Wille der Delegierten, aufeinander zuzugehen und „politische Vernunft“, „nüchternen Realismus“ zu beweisen, wie es der Bundeskanzler in seiner Rede gefordert hatte. Dieser Wille fand auch seinen Niederschlag im Abstimmungsverhalten bei der Verabschiedung der Anträge.

Fast einstimmig, nach einer relativ ruhigen Debatte, verabschiedete der Parteitag am dritten Tage den Leitanspruch „Sozialdemokratische Perspektiven zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung - Arbeit für alle“. Hierbei handelt es sich um einen Kompromißvorschlag, der auf dem Leitanspruch des Parteivorstandes und einem unter anderem von Wolfgang Roth und Helmut Rohde erarbeiteten Initiativantrag basiert. Der Leitanspruch war zuvor heftiger Kritik unterzogen worden, weil ihm die eindeutig sozialdemokratische Handschrift fehle, was der Initiativantrag auszugleichen versucht hatte. Der Kompromißvorschlag wurde dann lediglich in zwei Punkten verändert: Zum einen wurden in der Passage über die tarifpolitische Zielsetzung der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung ausdrücklich die verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung aufgenommen, nachdem zunächst nur die Verkürzung der Lebensarbeitszeit genannt worden war; zum anderen wurde die Aussage zur Geldpolitik präzisiert, erweitert und verschärft.

Der angenommene Antrag umfaßt neben der Präambel einen allgemeinen Teil, in dem die sozialdemokratischen Vorschläge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik beschrieben sind, sowie einen weiteren Teil, in dem die „Gemeinschaftsinitiative“ der Bundesregierung unterstützt wird. Im allgemeinen Teil bekennt sich die SPD zum unverzichtbaren Recht auf Arbeit, zur Wirtschaftsdemokratie, worunter der Beschluß sowohl die paritätische Mitbestimmung als auch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen faßt, und zu einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik, einem mittelfristigen,

staatlichen Investitions- und Vollbeschäftigungsprogramm. Hervorgehoben werden Investitionen zur Verbesserung der Umwelt. Wörtlich heißt es: „Beschäftigungs- und umweltpolitische Ziele sind nicht notwendigerweise Gegensätze.“ Der Antrag spricht sich weiterhin für eine vorausschauende Technologie- und Strukturpolitik aus, die dazu geeignet ist, daß Arbeitsplätze „nicht nur dauerhaft gesichert, sondern auch humanisiert werden.“ Darüber hinaus wird eine Strukturentwicklungsplanung gefordert, an der die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wirksam zu beteiligen sind. Ihre Realisierung unter anderem durch „eine sorgfältige Erfassung geplanter privater und öffentlicher Investitionen“ bringt - so ist abzusehen - eine Vielfalt praktischer Probleme. Forderungen nach „Bindung von Investitionshilfen an Auflagen zur Erhaltung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen - Mitwirkung der Arbeitnehmervertretungen bei der Beantragung von Subventionen und begleitende und nachträgliche Kontrolle des Erfolgs geförderter Projekte“ sollen ihre Verwirklichung erleichtern. Der Antrag sieht weiter eine qualifizierte Berufsausbildung und Beschäftigungsbrücke für alle Jugendlichen vor, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Meldepflicht für offene Stellen und ein generelles Verbot der Leiharbeit; er unterstreicht die Forderung der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung und die Bedeutung der Tarifautonomie. Alle Versuche, „die aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften zum Sündenbock für die Beschäftigungskrise zu machen“, werden entschieden zurückgewiesen.

Bei der Finanzierung der Beschäftigungspolitik stützt sich die SPD künftig auf zwei Punkte: Zum einen lehnt sie weiteres Sparen zum Auffangen konjunktureller Defizite im Staatshaushalt als wirtschaftspolitisch falsch ab. Konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben seien durch höhere Kreditaufnahme aufzufangen. Zum anderen fordert die SPD „die Solidarität der Starken mit den Schwachen“: Eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen,

eine Arbeitsmarktabgabe sowie der Abbau ungerechtfertigter Steuerprivilegien sollen im Mittelpunkt von Überlegungen zur Finanzierung beschäftigungspolitischer Programme stehen und daher im Hinblick auf ihre Verteilungsgerechtigkeit und ihre ökonomischen Wirkungen überprüft werden.

Die Beschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik knüpfen an Diskussionen an, die maßgeblich von den Gewerkschaften initiiert wurden, wie z. B. die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf ein „qualitatives Wachstum“ und greifen wesentliche Forderungen auf, die der DGB bereits seit langem zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung fordert. Insofern ist die eher vage Formulierung im angenommenen Antrag 450, daß verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten (unter anderem Arbeitsmarktabgabe, weitere Einschränkung der Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften, Einschränkung des Ehegattensplittings, Abschöpfung der sogenannten „windfall-profits“, Ergänzungsabgabe) „zu überprüfen“ sind, bedauerlich, da sie von vornherein das relativiert, was Programm und Orientierung sein sollte.

Aus der Fülle der die Gewerkschaften interessierenden Beschlüsse befassen sich mehrere mit der Mitbestimmung und der Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Im angenommenen Antrag 502 „Erweiterte Mitbestimmung“ fordert die SPD in Übereinstimmung mit dem DGB-Grundsatzprogramm die Schaffung einer allgemeinen Mitbestimmungsregelung, die mindestens der geltenden Montan-Mitbestimmung entspricht. Sie verlangt ein' neues Unternehmensrecht, Tariföffnungsklauseln in bestehenden Mitbestimmungsgesetzen sowie paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene mit Informations-, Konsultations- und Initiativrechten. Der angenommene Antrag 535 fordert das Verbot der Aussperrung; weitere Anträge befassen sich mit der Humanisierung der Arbeitswelt, mit der Berufsbildung sowie der Gleichstellung der Frau.

### Hinwendung zu „nüchternem Realismus“ in der Energie- und Sicherheitspolitik

Die Debatte über Anträge zur Energiepolitik am vorletzten Tagungstag konzentrierte sich auf einen von der Antragskommission in den Leitantrag zur Energiepolitik aufgenommenen Passus, sich für ein zweijähriges Moratorium beim Bau neuer Kernkraftwerke auszusprechen. Während Klaus Matthiesen, Erhard Eppler und Klaus Traube mit Hinweisen auf die bereits existierende Überkapazität in der Energiewirtschaft und der noch immer ungeklärten Entsorgung für ein solches Moratorium plädierten, stellten sich Horst Ehmke, Holger Börner sowie Adolf Schmidt dagegen. Adolf Schmidt, der für den Gewerkschaftsrat sprach, appellierte an den Parteitag, das Gleichziehen von SPD und Gewerkschaften in der Frage der Energiepolitik, das auf dem Berliner Parteitag 1979 durch den Beschluß für den Vorrang der Kohle, aber auch für ein Offenhalten der Option für Kernkraftwerke zustande gekommen sei, nicht aufzukündigen. In der Abstimmung ergab sich etwa eine 2/3-Mehrheit für die Streichung des Moratoriums.

Wie bereits am zweiten Tag des Parteitages in der Arbeitsgruppe II zu Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik prallten auch bei der Antragsdebatte zu diesem Komplex am Donnerstagnachmittag die Argumente der Befürworter wie auch der Gegner des NATO-Doppelbeschlusses hart aufeinander. Die geforderte Geschlossenheit wies an dieser Stelle eine Bruchstelle auf, auch wenn dies im Abstimmungsergebnis nicht zur Geltung kam.

Egon Bahr, als ein Verteidiger der von der Bundesregierung gestützten Sicherheitspolitik, räumte zwar den Gegnern ein, daß die Strategiediskussion geführt, und die bisherigen Fundamente der Sicherheitspolitik überdacht werden müssen. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf Überlegungen der Amerikaner Kennedy und McNamara über einen Verzicht auf den

Einsatz von Atomwaffen. Aber weder er noch Hans Apel, Horst Ehmke oder Karsten Voigt rückten vom NATO-Doppelbeschluß ab. Die Nachrüstungsgegner — Erhard Eppler, Oskar Lafontaine und Ulrich Klose — gaben sich kämpferisch. Nachdem deutlich wurde, daß sich eine Mehrheit für den Leitantrag der Antragskommission und nicht für einen Gegenantrag aus Schleswig-Holstein aussprechen werde, der einseitige Abrüstungsschritte und eine Verringerung der Rüstungsausgaben zugunsten stärkerer Anstrengungen in der Entwicklungs- und Sozialpolitik und eine Friedensinitiative für Europa forderte, versuchten Eppler und Lafontaine die Delegierten zumindest für ein Moratorium zu gewinnen, für das sich beide in ihrem gemeinsamen Initiativ-Antrag stark machten. In ihm heißt es: „Die SPD fordert... ein Stationierungsmoratorium für Raketensysteme mittlerer und kürzerer Reichweiten. Um Vereinbarungen zu erleichtern, fordert die SPD die UdSSR auf, während der Verhandlungen die Zahl der auf Europa gerichteten atomaren Gefechtsköpfe auf das Niveau des Jahres 1978 zu reduzieren. Im Zuge dieser Reduktion sollen die Stationierungsvorbereitungen zur Dislozierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa eingestellt werden.“ Hin und wieder hatte es den Anschein, daß sich die Beratung zu diesem Komplex - trotz sachlich fundierter Argumente - in einen Glaubenskrieg begab, in dem es darum ging, der Sowjetunion im Falle eines Moratoriums weitere Verhandlungsbereitschaft zuzugestehen oder abzusprechen. Dennoch, im Abstimmungsergebnis unterlagen die Anhänger des Moratoriums; der angenommene Parteitagbeschuß unterstützt den NATO-Doppelbeschluß, bekräftigt aber, daß es keinen Automatismus der Stationierung von Mittelstreckenraketen geben darf - möglicherweise ein kleines Zugeständnis an die Friedensbewegung. Erst im Herbst 1983 soll auf einem ordentlichen Parteitag definitiv entschieden werden, welche Folgerungen die SPD aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Frage der Stationierung zieht.

## Harte Bewährungsproben für sozialdemokratische Politik

Nach den Wahlen zum Parteivorstand, bei denen Willy Brandt und Helmut Schmidt in ihren Ämtern bestätigt wurden, stellte Willy Brandt in seiner Schlußrede fest, daß der Parteitag den Reformwillen und die Handlungsfähigkeit der SPD bewiesen habe. Sozialdemokraten „sind entschlossen, das soziale Bündnisse von Arbeitnehmerschaft und fortschrittlichem Bürgertum, von junger Generation und geistigem Deutschland immer wieder neu herzustellen.“ Brandt bekräftigte in seiner „Münchener Erklärung“ den politischen Führungsanspruch der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik und bekannte sich zur Koalition mit den Freien Demokraten. „In schwieriger Zeit hat sie eine Chance der Bewährung.“

Es bleibt abzuwarten, wie die SPD die „Bewährungsprobe“ durchstehen wird. Zu hoffen ist, daß sowohl Delegierte als auch Regierungsverantwortliche soviel an Impulsen und an Kraft aus München mit nach Hause genommen haben, daß eine offensive Politik im Interesse der Arbeitnehmer verwirklicht werden kann. Erste Hindernisse werden jedoch bereits sichtbar: Was das Herintragen der Parteitagsbeschlüsse in die Re-

gierungspolitik betrifft, so bekräftigte Helmut Schmidt in München, daß er sich weder die Richtlinien Gewalt noch seine anderen grundgesetzlichen Aufgaben aus der Hand nehmen lasse. Auch Hans-Dietrich Genscher meldete sich bereits zu Wort und pochte innerhalb der Koalition auf „konsequent marktwirtschaftliche Position“. Er machte damit der SPD zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet die politische Führung streitig.

Die Umsetzung der gefaßten Beschlüsse, die teilweise vage formuliert sind, lediglich Empfehlungen aussprechen oder auch im Ergebnis offen gehalten sind, wie jene zur Sicherheitspolitik oder zur Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen und von daher nicht immer die geforderten klaren Orientierungen als Richtschnur für sozialdemokratische Politik abgeben, wird in der Praxis ein schwieriger Prozeß werden. Gerade in diesem Zusammenhang ist an die vom Bundeskanzler ausgesprochene „Verantwortung der Gewerkschaften“ zu erinnern: Ihre Aufgabe wird künftig stärker noch als bisher darin bestehen, auf die Einlösung der im Arbeitnehmerinteresse gefaßten Beschlüsse in praktische Politik zu bestehen und hierfür ihre gesamte Kraft einzusetzen.

Werner Milert/Ingeborg Wahle-Homann